

# „Uns reicht's“

...sagen viele KollegInnen, die nach Jahren des Reallohnverlustes und nach den katastrophalen Auswirkungen des verheerenden Tarifabschlusses von 2005 (TVöD) die Nase voll haben. Die Konjunktur läuft, die Staatseinnahmen wachsen. Das heißt: Jetzt sind wir dran!

## Schäuble provoziert

Das Angebot der Schäuble & Co. ist eine Provokation: Von den angebotenen 5 % soll 1% in die Leistungszulage rein (die meisten KollegInnen bekämen damit nichts). Die restlichen 4% sollen auf zwei Jahre verteilt werden: Faktisch sind das 2008 nur 2,5%, 2009 nur 0,4%. Denn die Arbeitszeitverkürzung um 1,5 Stunden entspricht einer Senkung des Stundenlohns um 3,75%. Bezogen auf eine zu erwartende Preissteigerungsrate von mindestens 2,5% würde das in den zwei Jahren auf einen Reallohnverlust von fast 4% hinauslaufen.



## Bund und Kommunen wollen die Schlichtung

„Wir werden kein weiteres Angebot vorlegen“, erklärte ihr Bundesinnenminister vor der letzten Verhandlungsrunde. Auf Nachfrage erläuterte er: „Wir sind eine Runde von der Schlichtung entfernt.“ Um ihren Plan umsetzen zu können, wollen Bund und Kommunen die Tarifregelungen zur Arbeitszeit kündigen. Doch die Streikbereitschaft ist hoch. Fast überall gibt es ein positives Echo und großes Verständnis der lohnabhängigen Bevölkerung für Warnstreiks und Aktionen.



## Der Deckel muss weg – überall

In den Krankenhäusern gibt es die Deckelung: Mehr als 0,6% dürfen die Kosten nicht steigen. Deshalb:

- Der Deckel muss weg!
- Für die uneingeschränkte Durchsetzung der Tarifforderung! Um faule Kompromisse zu verhindern, brauchen wir aktive Strukturen, die selbstbewusst öffentlich auftreten und keine Ruhe geben.
- Die Laufzeit darf in jedem Fall nur 12 Monate betragen, damit wir beim nächsten Mal wieder mit den Beschäftigten der Länder gemeinsam kämpfen können (der Tarifvertrag der Länder (TV-L) ist zum 31. 12.2008 kündbar).
- Kein Abschluss unter dem BAT (bzw. dem BMT-G, MT Arb. usw.). Abschaffung der Entgeltstufe 1 und keine Absenkungen bei den Neueingruppierungen. Das Eingruppierungsniveau muss erhalten bleiben!
- Weg mit der Leistungsentgeltregelung und Wiederherstellung der Bezahlungen (Weihnachtsgeld und Kinderzuschlag) mit denen angeblich das Leistungsentgelt, das es noch gar nicht gibt, finanziert werden soll.
- Abschaffung der Meistbegünstigungsklausel und Verkürzung der Arbeitszeit um mehrere Stunden in einem Schritt bei vollem Entgelt- und Personalausgleich!
- Keine Kompensationsgeschäfte!
- Gegen Privatisierungen und Ausgliederungen!
- Kein Abschluss ohne Mitgliederbefragung!



# Fehlverhalten oder Systemfrage?

Was haben wir nicht alles im Fall der Steuerhinterziehung der 700 Reichen via Lichtenstein von CDU/CSU, SPD und Grünen an Vorschlägen zu hören bekommen: Mehr Steuerbeamte einstellen und weiterbilden, die Steuerflucht härter bestrafen, die Steuergesetzgebung europaweit vereinheitlichen und die für 1. 1. 2009 geplante Abgeltungssteuer überprüfen. Vor allem die „Schließung der Steuerschlupflöcher“ ist eine typische Leerfloskel der CDU, die selbst über Jahrzehnte ihre Schwarzen Kassen in Lichtenstein deponiert hatte.

## Wer sind eigentlich die wirklichen Leistungsträger?

Mit welcher Unverfrorenheit wird eigentlich das gewaltige Einkommen von so genannten „Spitzenmanagern“ mit den Begriffen „Leistungsträger“ und „Elite“ gerechtfertigt? Für uns ist es nicht gerechtfertigt, dass „ManagerInnen“ Millionenbezüge einstreichen und nach Massenentlassungen von Tausenden Lohnabhängigen mit dem „goldenen Handschlag“ verabschiedet werden! Vor allem fällt auf, dass in den bürgerlichen Medien im Zusammenhang mit der Steuerhinterziehung nie von KapitalbesitzerInnen die Rede ist.

Es geht um grundsätzliche Fragen: Wer schafft den gesellschaftlichen Reichtum? Wem steht er zur Verfügung. Wir kritisieren die Begriffe „Elite“ und „Leistungsträger“, weil für uns die Leistungsträger andere sind: die PflegerInnen im Krankenhaus, die KollegInnen der Müllabfuhr und des Grünflächenamts, die Stahlarbeiter, die Schichtarbeiter in der chemischen Industrie, die BriefzustellerInnen usw. usf.

Die kapitalistische Gesellschaft lässt zu, dass die wirklichen LeistungsträgerInnen ständig um ihre Jobs fürchten müssen. Viele wissen nicht, wie sie die Kinderbetreuung sicherstellen und kranke Familienangehörige

versorgen sollen. Und das, obwohl ein gewaltiger gesellschaftlicher Reichtum vorhanden ist, den wir alle produzieren, aber einige Wenige aneignen.

## Das Steuersystem ist ungerecht!

Das Steuersystem ist nicht zufällig so, wie es ist: Es begünstigt die Reichen und trägt mit seiner Systematik zu wachsender „Einkommensungleichheit“ bei. Schließlich sind die herrschenden PolitikerInnen Teil der herrschenden Klasse und profitieren direkt und indirekt von dem existierenden System der ungleichen Verteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Die Steuerhinterziehung der „Schwarzen Schafe“ wird auf 30 Mrd. Euro jährlich geschätzt. Das ist aber nur ein Bruchteil von dem, was die herrschende Klasse ganz legal an Steuern der Gesellschaft vorenthält. „Wir zahlen keine Steuern. Nur die kleinen Leute zahlen Steuern“, sagte die verstorbene New Yorker Milliardärin Leona Helmsley. In München soll der Pfortner der Siemens-Hauptverwaltung mehr Steuern zahlen als der ganze Konzern. Dabei beruht die Macht des Kapitals nicht auf hinterzogenen oder legal vorenthaltenen Steuern, sondern auf der Ausbeutung der Lohnabhängigen im

Produktionsprozess, d. h. auf der privaten Aneignung des den ArbeiterInnen und Angestellten abgepressten Mehrwerts.

## Warum nicht?

Gregor Gysi (*Die Linke*) erklärte auf einer Wahlkampfveranstaltung: „Wir wollen den Millionären ja gar nicht ihr Vermögen wegnehmen, aber Steuern sollen sie bezahlen.“ Und *Verdi*-Chef Bsirske forderte Steuersätze bis zu 80% auf Manager-Gehälter über 2 Mio. Euro. „Warum denn nicht gleich enteignen?“, fragte ein Journalist empört. Ja, warum nicht?

Während die BezieherInnen von Hartz IV alles offen legen müssen, werden den Reichen die Steuern erlassen. Deshalb fordern wir:

- Abschaffung des Bankgeheimnisses für alle MillionärInnen. Offenlegung der Bücher ihrer Firmen und aller ihrer finanziellen Transaktionen.
- Enteignung aller MillionärInnen, die Steuern hinterziehen.
- Weg mit der Drangsalierung der Erwerbslosen. Ausreichende soziale Grundversicherung für alle Erwerbslose von 700 € plus Warmmiete. Mindestlohn von 12 € für alle Branchen.

## Wer wir sind:

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen



# RSB

# Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale

für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

## Kontakt und Info:

RSB Bundesbüro, Psf 102610, 68026 Mannheim,  
Telefon/Fax: +49(0)621.15 64 046

## Ich möchte:

- das kostenlose Infopaket des RSB bestellen.
- den RSB in meiner Nähe kennenlernen.
- mich an Aktivitäten des RSB beteiligen.
- ein kostenloses Probeabo der RSB-Zeitung.

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

eMail \_\_\_\_\_

**buero@rsb4.de**

**Mehr Infos: [www.rsb4.de](http://www.rsb4.de)**